



>>> Europa – unsere Zukunft

Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Inhaltsverzeichnis



Deutschland braucht ein stärkeres Europa	5
Volker Kauder	
Europa muss eine Stabilitätsunion sein	13
Gerda Hasselfeldt	
Deutschland geht es gut, wenn es Europa gut geht	17
Dr. Angela Merkel	
Europa – eine politische Erfolgsgeschichte der Fraktion	23
Peter Altmaier	
Der Euro – eine Währung mit vielen Vorteilen für Bürger und Unternehmen	27
Michael Meister	
Für ein starkes Europa in der globalisierten Welt	31
Dr. Andreas Schockenhoff	
Ein demokratisches Europa braucht starke Parlamente	35
Michael Stübgen	

Deutschland braucht ein stärkeres Europa

>>> Volker Kauder

Die Währungsturbulenzen der letzten Monate haben politische, wirtschaftliche und strukturelle Mängel in der Europäischen Union und der Euro-Zone schonungslos offengelegt. Die Politik muss handeln. Es gilt, die Defizite zu analysieren und daraus Konsequenzen zu ziehen. Europa muss konsequent und mit Vernunft umgebaut werden.

Europa – eine Erfolgsgeschichte

Zunächst: Wir haben mit unserem geeinten Europa viel erreicht. Das dürfen wir nicht vergessen, trotz aller Probleme. Mit der Schaffung der Europäischen Union haben wir die Lehre aus zwei Weltkriegen gezogen. Sie hat einem Kontinent, auf dem sich über Jahrhunderte die Völker bekämpften und auf dem die Menschenrechte viel zu oft mit Füßen getreten wurden, Frieden gebracht. Freiheit, Demokratie und Wohlstand sind erreicht. Europa ist für viele Regionen dieser Welt ein politisches Vorbild.

Wir Deutsche haben von Europa besonders profitiert. Viele Staaten konnten wir auch deshalb für die deutsche Wiedervereinigung gewinnen, weil Deutschland in die Europäische Union eingebettet ist. Dem Bürger bringt Europa tagtäglich Vorteile. Unsere gemeinsame Währung und offene Grenzen erleichtern unser Leben. Erst, wenn es übergangsweise wieder Zoll- oder Grenzkontrollen gibt, wird uns bewusst, wie wertvoll das zusammenwachsende Europa für unseren Alltag ist. Und wir erkennen: Nichts ist selbstverständlich. Wir profitieren von gemeinsamen europäischen Standards, sei es bei der Sicherheit von Lebensmitteln, beim Rechtsschutz im Strafverfahren, der Anerkennung von Ehen oder der Abwicklung von Erbfällen. Durch europaweite Regelungen können Bankgeschäfte problemloser und kostengünstiger getätigt werden. Die Kosten für grenzüberschreitende Telefongespräche und sonstige Transaktionen nähern sich einem nationalen Niveau.



Volker Kauder MdB
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Jeder Handwerker, Unternehmer oder Dienstleister kann sich überall in der EU niederlassen und dort fast wie zu Hause wirtschaften. Er kann seine Waren ohne Zoll-Barrieren exportieren und seine Dienstleistungen weit über Deutschland hinaus anbieten. In vielen Grenzregionen Deutschlands ist die Zusammenarbeit von ortsansässigen Unternehmen mit solchen aus Nachbarstaaten nicht mehr wegzudenken. Auch Berufs- und Studienabschlüsse anderer EU-Länder werden anerkannt. Der Weg auf den Arbeitsmarkt eines anderen Mitgliedstaats ist damit offen. Studenten und Auszubildende leben ganz selbstverständlich in anderen Ländern der Europäischen Union, lernen dort Sprache und Kultur kennen. Europa – das bedeutet mehr Freiheit, mehr Chancen und mehr Gerechtigkeit, auch im Alltag.

Der Euro ist trotz aller aktuellen Turbulenzen ebenfalls eine Erfolgsgeschichte. Er hat gegenüber dem Dollar seit seiner Einführung deutlich an Wert gewonnen und ist international zur zweiten Leitwährung der Welt geworden. Die Inflation ist geringer als zu Zeiten der D-Mark. Der Euro ist mindestens so hart, wie es die D-Mark war. Das nutzt besonders Sparern und Geringverdienern. Der Euro ist der wesentliche Faktor für unsere Exporterfolge. Grund für die Turbulenzen der vergangenen Monate ist daher gerade nicht der Euro. Übermäßige Schulden und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten sind vielmehr Grund für das Übel.

Aus der Krise lernen

Genau hier müssen wir ansetzen. Wenn wir die jetzigen Schwierigkeiten ein für alle Mal überwinden wollen, müssen wir an die Wurzeln der Missstände gehen. Wir wollen einen stabilen Euro für Deutschland und Europa. Wir wollen ein stabiles Europa. Dieses Ziel kann Deutschland nicht allein, sondern nur zusammen mit seinen Freunden und Partnern in Europa erreichen. Dabei müssen wir auch einkalkulieren, dass der notwendige Reformprozess Zeit brauchen wird. Europa entwickelt sich, aber leider oft nur langsam. Wir müssen daher in drei Schritten vorgehen.

Kurzfristig können wir den Euro nur stabilisieren, indem wir mit sogenannten Rettungsschirmen solchen Staaten helfen, die sich auf dem Anleihemarkt allein nicht mehr mit Krediten versorgen können.

Wir tun dies aus Solidarität mit unseren Partnern in der Euro-Zone, aber vor allem auch im Interesse Deutschlands. Bedauerlicherweise ist es so, dass massive Zahlungsschwierigkeiten einzelner Länder das gesamte Finanzsystem in Europa erschüttern können. Darunter würden die Deutschen – wirtschaftlich engstens mit den Nachbarn verflochten – besonders leiden. Wir können nicht riskieren, dass es eine zweite Finanzkrise gibt. Diese hat uns zu viel gekostet. Ohne sie hätten wir beispielsweise schon in zwei Jahren einen ausgeglichenen Gesamthaushalt erreicht.

Die Verantwortung für die Haushaltsmisere tragen die Staaten, die Hilfen in Anspruch nehmen, selbst. Sie müssen ihre Haushalte und ihre Wirtschaftsstrukturen in Ordnung bringen. Aus dieser Verantwortung entlassen wir sie nicht. Hilfen werden daher nur unter strikten Bedingungen gewährt. Das gilt für Griechenland, aber auch für Irland und Portugal.

Mit dem vorübergehenden Euro-Rettungsschirm – der sogenannten Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) – schaffen wir gleichzeitig die Voraussetzung, dass Staaten sich wirtschaftlich neu aufstellen können. Die Erfolge in Irland und auch Portugal zeigen

Finanzhilfen des Euro-Rettungsschirms muss der Bundestag zustimmen.



uns, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die EFSF wirkt wie eine Brandmauer, um ein Übergreifen auf die Finanz- und Realwirtschaft zu verhindern. Der Rettungsschirm dient damit auch dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Nach den jüngsten Reformen kann die EFSF im Zweifelsfall auch das europäische Bankensystem stabilisieren.

Stärkung durch Verstetigung der Hilfsmechanismen

In der zweiten Phase des Stabilisierungsprozesses müssen wir einen mittelfristigen Anti-Krisenmechanismus auflegen, der den bisherigen Notfall-Mechanismus weiterentwickelt. Der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) wird wie die EFSF nur dann Hilfen gewähren, wenn die Länder ihre Hausarbeiten zur Konsolidierung erledigen und eine Gefahr für den gesamten Währungsraum droht.

Der neue Stabilisierungsmechanismus wird aber vor allem einen weiteren Fortschritt bringen. Anleihen werden nur noch mit Umschuldungsklauseln ausgegeben werden. Das bedeutet, die privaten Gläubiger werden automatisch beteiligt werden, wenn ein Staat seine Schulden nicht zurückzahlen kann. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt. Das Risiko von Zahlungsausfällen dürfen in Zukunft nicht allein die Staaten und damit die Bürger tragen. Haftung und Risiko dürfen nicht länger auseinanderfallen. Gläubiger, die in guten Zeiten von gut verzinsten Anleihen profitieren, müssen auch das Risiko mittragen, wenn ihre Schuldner zahlungsunfähig werden.

Dass wir jetzt immerhin so weit sind, ist nur möglich geworden, weil die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene von Anfang an im Interesse Deutschlands und Europas Druck gemacht hat. Wenn es nach SPD und Grünen gegangen wäre, dann wären die Hilfen praktisch zum Nulltarif ausgezahlt worden. Auch wäre der Internationale Währungsfonds außen vor geblieben, obwohl gerade dessen enorme Erfahrungen im Krisenmanagement und bei der Restrukturierung von Staaten uns allen zugutekommen.

Reformen für eine dauerhafte Stabilisierung

Aber auch damit können wir nicht zufrieden sein. In einer dritten Phase müssen wir das Fundament Europas dauerhaft stabilisieren.

Wir werden um tiefgreifende Reformen auch der europäischen Verträge nicht herumkommen.

Dabei gilt: Mehr Europa, nicht weniger ist die richtige Antwort auf die Krise. Die weitere politische Integration ist kein Selbstzweck, sondern dient der Sicherung unseres Wohlstands in Deutschland und im gesamten Währungsraum. Unsere gemeinsame Währung braucht eine streng kontrollierte Haushalts- und Finanzpolitik, flankiert von einer koordinierten Wirtschaftspolitik.

Eine Stabilitätskultur für alle Mitgliedstaaten

Der Euro ist die einzige Währung auf der Welt, der kein einheitlicher Finanz- und Wirtschaftsraum gegenübersteht. Unser Ziel muss es sein, dass sich alle Mitgliedstaaten zu einer Stabilitätskultur verpflichten, so wie wir sie unter anderem in Deutschland kennen. Gesunde Haushalte und Wettbewerbsfähigkeit sind Bedingungen für einen langfristig stabilen Euro. Die Einhaltung strikter haushaltspolitischer Regeln muss künftig von den europäischen Institutionen konsequent kontrolliert, deren Verletzung sanktioniert werden. Wir müssen hier noch weiter gehen als bisher. Seit diesem Jahr legen die Regierungen ihre nationalen Haushalte der EU-Kommission vor, die dann aber nur unverbindliche Empfehlungen abgeben kann. Wir wollen, dass Staaten, die sich nicht an die Regeln der Haushaltsdisziplin halten, künftig vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden können. Nach unserer Auffassung muss auch eine europarechtlich verbindliche Schuldenbremse für alle Mitgliedstaaten eingeführt werden. Nationale Schuldenbremsen sind nur ein erster, wenn auch wichtiger Schritt dahin. Europa muss um seiner eigenen Zukunft willen zu einer Stabilitätsunion werden.

Maßstab für die notwendigen Angleichungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik können nur diejenigen Staaten sein, deren Wirtschaft sich in den letzten Jahren erfolgreich im internationalen Wettbewerb behauptet hat. Denn man stärkt die Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt.

Euro-Bonds wären Fortsetzung der Schuldenpolitik

Genau dies wäre aber bei Euro-Bonds der Fall. Sie wären ein Irrweg, weil sie jede Stabilitätspolitik untergraben. Die Anreize für dringend

erforderliche Reformen in den Staaten, die bislang zu wenig auf finanzielle Stabilität bedacht waren, fielen weg, wenn wir die Schulden auf diese Weise sozialisieren würden. Euro-Bonds verstärken das Schuldenproblem nur. Das wollen SPD und Grüne nicht wahrhaben. Sie haben die Schuldenkrise in Europa einst durch den Bruch des Stabilitätspakts befördert. Noch immer wollen sie lieber den Weg des leichten Geldes gehen, als sich mit uns auf den schweren, aber einzig nachhaltigen Pfad der Konsolidierung zu begeben.

Dem Subsidiaritätsprinzip volle Wirkung verleihen

Das erneuerte Europa muss sich jedoch auch beschränken. Die Nationalstaaten haben eine Zukunft. Sie werden den Menschen auch künftig Heimat sein. Es muss daher eine neue Balance in der Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten gefunden werden. Denn Europa muss sich um die wirklich wichtigen Fragen wie die Euro-Stabilität kümmern, nicht aber um jedes Vogelschutzgebiet. Daher müssen wir dem Subsidiaritätsprinzip seine volle Wirkung verleihen. So machen wir Europa in den entscheidenden Fragen handlungsfähiger.

Zentrale Bedeutung der Parlamente

Selbstverständlich bedürfen alle Entscheidungen auf dem Weg zu diesem neuen Europa einer engen Rückkopplung mit den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament. Entscheidungen wurden in jüngerer Zeit vermehrt von den Staats- und Regierungschefs getroffen, unter anderem in Form von Selbstverpflichtungen oder Verabredungen.

Bei Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Haushalte haben die Parlamente das letzte Wort. Ihr Haushaltsrecht darf nicht ausgehöhlt werden. Auch das Bundesverfassungsgericht hat dies jüngst noch einmal bestätigt. Trotz des Bedürfnisses nach einer gegenseitigen Kontrolle der nationalen Budgets muss die Haushaltsverantwortung des Bundestags erhalten bleiben. Dies gebietet unser Grundgesetz. Insofern besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem notwendigen Mehr an Europa und der durch das Grundgesetz vorgegebenen Bewahrung der nationalen Haushaltskompetenz. Dieses Spannungsverhältnis müssen wir auflösen.

Die Parlamente müssen sich auch aktiv an der Diskussion über die anstehenden weitergehenden Reformen beteiligen. Dafür ist es notwendig, dass die nationalen Parlamente noch enger zusammenarbeiten, so wie es auch die europäischen Verträge seit 2009 vorsehen. Dazu dienen interparlamentarische Konferenzen und Gremien, aber auch eine enge Zusammenarbeit der Parteienfamilien in Europa. Wenn unser Europa ein Europa der Bürger sein soll, müssen der Bundestag und die übrigen nationalen Parlamente hier von Anfang an mitgestalten. Sie repräsentieren die Bürger am unmittelbarsten und tragen besondere Verantwortung, wenn es darum geht, Europa zu reformieren. Die Parlamente und jeder einzelne Parlamentarier bilden die Brücke zum Bürger. Ihnen obliegt es, europapolitische Entwicklungen zu erläutern und umgekehrt den Wählerwillen in die europapolitischen Prozesse einzubringen.

Europa muss für die Bürger stärker erlebbar sein. Daher sollten wir auch über eine engere Verzahnung des Europäischen Parlaments mit den nationalen Parlamenten nachdenken. Hier ist zum Beispiel an regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Präsidien oder von Ausschüssen des Bundestags und des Europaparlaments zu denken, so wie sie heute

Für ein bürgernahes Europa sollen nationale Parlamente und das Europäische Parlament noch enger zusammenarbeiten.



schon gelegentlich stattfinden. Gleichzeitig sind alle europäischen Institutionen aufgefordert, sich stärker den Bürgern in den einzelnen Mitgliedstaaten zu öffnen, ihnen ihre Arbeit und die Europäische Union zu vermitteln, zum Beispiel durch Veranstaltungen vor Ort, etwa in Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen.

Schritt halten in der Globalisierung – Europa fortentwickeln

Es sind jetzt Mut und Tatkraft gefordert, Europa und die europäischen Verträge fortzuentwickeln und europäische Visionen neu zu beleben. An den Gründen für unsere starke Europaorientierung hat sich nichts geändert. Neben Frieden und Wohlstand war dies auch immer Deutschlands Mittellage in Europa. Heute gilt aber mehr denn je: Wir brauchen ein einiges Europa, damit wir uns in der globalisierten Welt behaupten können – und das nicht nur rein rechnerisch mit Blick auf die 500 Millionen Europäer und ihre Wirtschaftskraft.

Es gilt vor allem politisch und kulturell. Europa ist unsere Antwort auf eine Welt, in der sich die Gewichte verschieben, in der Staaten mit anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen an Macht gewinnen. China mit einer Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen ist schon jetzt ein wirtschaftliches Schwergewicht. Sogenannte gelenkte Demokratien stehen im Wettbewerb zu unserem System der freiheitlichen Demokratie und sozialen Marktwirtschaft. Nicht wenige erkennen in den gelenkten Demokratien bereits den effizienteren Ansatz. Insgesamt werden die sogenannten Schwellenländer – sei es China oder seien es Demokratien wie Brasilien, Indien oder Indonesien – weiter an Einfluss gewinnen.

Wir in Europa werden uns sehr anstrengen müssen, mit ihnen Schritt zu halten. Gemeinsam sind die europäischen Staaten in diesem Wettbewerb stärker. Nur eine geeinte europäische Politik kann unsere Werteordnung und unsere Antworten auf weltumspannende Probleme wie Klimawandel, Migration oder Energieversorgungssicherheit nachhaltig vertreten. Nur indem wir zusammenarbeiten und unsere Kompetenzen zusammenbringen, wahren wir unseren Einfluss. Deutschland braucht ein stärkeres Europa. Auch, damit es uns in Deutschland weiter gut gehen kann.

Europa muss eine Stabilitätsunion sein

>>> Gerda Hasselfeldt

Große Akteure gestalten die Welt des 21. Jahrhunderts: die USA als weltgrößte Wirtschaftsmacht und einzige militärische Supermacht, die Giganten China und Indien mit ihrer jeweils über eine Milliarde Menschen, Rohstoffgroßmächte wie Russland und Brasilien, einige weitere Länder wie das wirtschaftsstarke Japan oder das bevölkerungsreiche Indonesien. Jedes der europäischen Länder für sich allein hätte gegenüber diesen Großen der Weltgemeinschaft kein Gewicht.

In der Welt von morgen hat nur ein vereintes Europa eine Chance. Aus Jahrhunderten der Kriege haben wir in Europa die Lehre gezogen, uns auf das zu konzentrieren, was uns verbindet. Wir haben gelernt, Interessenkonflikte an den Verhandlungstischen der europäischen Institutionen auszutragen. Hätten wir nicht mehr die Kraft, Europa zusammenzuhalten, dann gäbe es auch keine gemeinsamen Regeln für Wirtschaft und Handel, keine offenen Grenzen und keine stabile sicherheitspolitische Verankerung mehr. Das wäre ein fataler Irrweg.

Der richtige Weg ist, Europa zu einer Stabilitätsunion weiterzuentwickeln. Eine Stabilitätsunion braucht eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und solide Staatsfinanzen – beides zusammen sind die Voraussetzungen für eine stabile Währung.

Wettbewerbsfähige Wirtschaft und stabile Währung

Die Menschen in Europa sorgen sich wegen hoher öffentlicher Schulden um die Stabilität des Geldes. Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst, versprechen aber keine schnellen Lösungen. Der Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und tragfähigen Staatsfinanzen in allen europäischen Ländern ist anstrengend und verlangt Ausdauer – das war in Deutschland so, das ist in anderen Ländern nicht anders. Die Probleme lassen sich nur Schritt für Schritt mit konsequenter Arbeit lösen, nicht aber sofort und auf einen Schlag. Wundermittel gibt es nicht.



Gerda Hasselfeldt MdB

Vorsitzende der
CSU-Landesgruppe

Am wenigsten geeignet zur Lösung der Probleme sind die von der Opposition propagierten Euro-Bonds, also gemeinsame und von allen voll verbürgte Anleihen mit gemeinsamem Zinssatz. Euro-Bonds würden das Schuldenmachen erleichtern und die Anreize zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dort wegnehmen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Euro-Bonds beseitigen die nationale Verantwortung für die Haushaltspolitik und schaffen eine unkalkulierbare Haftungsunion. Euro-Bonds sind zum Schaden Deutschlands. Sie würden die Zinslast der öffentlichen Haushalte Deutschlands massiv erhöhen. Tatsache ist doch: Hätten sich alle Euro-Mitglieder an Buchstaben und Geist von Maastricht gehalten, dann hätte es nicht zur Schuldenkrise einiger Euro-Staaten kommen können.

Meine feste Überzeugung ist: Europa kann es schaffen, seine Probleme zu lösen. Europa kann es schaffen, wenn wir auf Scheinlösungen nicht hereinfallen. Europa kann es schaffen, wenn wir konsequent unseren Weg weitergehen – den Weg, Europa finanzpolitisch solider und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger zu machen.

Auf dem Weg dorthin werden wir den Finanzsektor gegen Krisen festigen. Wir haben in Europa die Finanzmarktaufsicht gestärkt. Wir haben in Deutschland Regeln geschaffen, um Banken zu restrukturieren, bevor von ihnen eine Ansteckungsgefahr ausgeht. Deutschland und Frankreich haben gemeinsam die Initiative für eine Finanztransaktionssteuer in der EU ergriffen. So leisten die Finanzinstitute einen Beitrag zu den Kosten der Krisenbewältigung.

Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren Europa räumen wir die Gründe für Spekulationen gegen einzelne Staaten aus. Im Kampf gegen Spekulationen muss die Euro-Zone Zusammenhalt zeigen. Grundlage dafür ist derzeit die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, die EFSF, die 2013 ausläuft, danach der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus. Wir wollen die Spekulationen austrocknen, aber die Bewertungsfunktion der Finanzmärkte erhalten. Alle Staaten der Euro-Zone müssen insofern selbst glaubwürdig bleiben und für solide Staatsfinanzen sorgen. Deshalb haben Deutschland und Frankreich allen Euro-Staaten vorgeschlagen, eine Schuldenbremse in ihrer Verfassung zu verankern. Spanien hat dies bereits beschlossen. Portugal macht sich auf den Weg. All dies sind Zeichen gegen die Schuldenfalle, die ihren Eindruck auf die Finanzmärkte nicht verfehlen werden.

Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren Europa sorgen wir bereits heute für eine wirksamere Koordination der Volkswirtschaften Europas. Gemeinsame Wachstumsziele setzt die Strategie „Europa 2020“. Für ein koordinierteres Vorgehen bei der Haushaltsaufstellung sorgt das neue „Europäische Semester“ mit der jährlichen Bewertung der nationalen Haushaltsentwürfe durch die EU-Kommission. Jetzt haben Deutschland und Frankreich die Initiative ergriffen, die wirtschaftspolitische Koordination in der Euro-Zone enger zu gestalten und zur Chefsache zu machen.

Europa der Regionen, Europa der Bürger

Europas Stärke ist die Vielfalt – die Vielfalt seiner Völker und Kulturen und der Wettstreit der Ideen. Deshalb ist das Subsidiaritätsprinzip ein Wesensmerkmal der EU. Danach darf die Europäische Union nur dann tätig werden, wenn ihr Handeln bessere Ergebnisse erzielt, als es Regelungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten könnten. Europa

Die Vielfalt der Regionen macht Europa stark.



muss sich auf Wichtiges konzentrieren, zum Beispiel klare Regeln für Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit, eine starke Vertretung in der Welt. Alle Probleme aber, die in den Mitgliedstaaten und Regionen genauso gut oder besser gelöst werden können, müssen dort gelöst werden.

Handlungsfähige Regionen, Bundesländer und Kommunen sind die zentralen Bausteine für ein bürgernahes Europa. Insbesondere für eine Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfelds – wie zum Beispiel der kommunalen Daseinsvorsorge – muss ausreichend Gestaltungsspielraum bleiben. Die Kommunen sowie die Bundesländer werden auch künftig mit ihren Partnern aus den anderen EU-Mitgliedstaaten ihre Interessen gegenüber den Institutionen der EU kämpferisch und erfolgreich vertreten. Diese Vielfalt macht Europa stabil.

Ein stabiles Europa braucht den Rückhalt seiner Bürger. Transparenz und Vertrauen können nur aus öffentlichen Debatten erwachsen. Der Wettstreit der Argumente aber ist schwierig in einer demokratischen Öffentlichkeit von 27 Staaten, in denen 23 offizielle Amtssprachen gesprochen werden. Allein auf eine übernationale Öffentlichkeit zu setzen, bei der Teilhabe eine Frage der Sprachkenntnisse und damit ein Vorrecht für „Eliten“ wäre, wäre weniger demokratisch. Eine wirksame demokratische Kontrolle der Entscheidungen in Europa gelingt auch in Zukunft nur im Zusammenwirken der nationalen Öffentlichkeiten und mit einer starken Rolle der nationalen Parlamente. Wir nehmen im Deutschen Bundestag diese Verpflichtung sehr ernst. Wir werden engagiert für die gebotene Transparenz und Öffentlichkeit im Handeln der Bundesregierung in Europa sorgen. Dazu gestalten wir weitgehende Mitentscheidungs- und Kontrollrechte des Bundestages.

Das Bild von der Zukunft Europas als „Vereinigte Staaten von Europa“ lehnt sich an ein Beispiel an, das so nicht passt. Wörtlich genommen hieße es, alle Kernkompetenzen auf die europäische Ebene zu verlagern. Das brauchen wir nicht. Was wir aber brauchen ist eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dies zu konkretisieren und umzusetzen, wird unsere Aufgabe sein.

Deutschland geht es gut, wenn es Europa gut geht

>>> Auszüge aus der Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel *)

(...) Seit mehr als drei Jahren bestimmt die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise täglich die Schlagzeilen. Sie beeinflusst die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt nicht nur bei uns, sondern weltweit. Sie beeinflusst den Alltag der Menschen und (...) die Arbeit von Regierung und Parlament. (...)

Eine unglaublich gute Botschaft [dabei] ist: Politik kann gestalten, Politik kann abfedern, Politik kann etwas bewegen. (...) Ich habe vor der Bundestagswahl gesagt: Deutschland soll stärker aus der Krise herauskommen, als es hineingegangen ist. Wir können heute sagen: Wir haben unser zentrales Wahlversprechen gehalten. Deutschland geht es so gut wie lange nicht.

Die Fundamente stärken

Jetzt, in besseren Zeiten, geht es darum, die Fundamente zu stärken. Das zentrale Thema ist die Haushaltskonsolidierung. (...) Wir hatten im Jahre 2010 die Furcht, (...) ein Defizit von 86 Milliarden Euro zu haben. Wir können froh sein, dass es in diesem Jahr 30 Milliarden Euro sein werden und dass es im nächsten Jahr 27 Milliarden Euro sein sollen. (...) Wir können in diesem Jahr die Defizitkriterien wieder einhalten. 1,5 Prozent gesamtstaatliches Defizit, das ist ein gutes Ergebnis, auch für Europa. (...)

In normalen Zeiten würde ich jetzt darüber sprechen, wie wir die Fundamente der Zukunft bauen. (...) Wir leben aber nicht in normalen Zeiten. (...) Wir stehen vor Herausforderungen, die man getrost histo-



Dr. Angela Merkel **MdB**
Bundeskanzlerin

*) Der Redebeitrag von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der Generaldebatte des Deutschen Bundestags am 7. September 2011 wurde redaktionell bearbeitet. Die Überschrift und Zwischenüberschriften wurden eingefügt. Inhaltliche Auslassungen sind kenntlich gemacht.

risch nennen kann. (...) Wir können sagen: Deutschland geht es gut. Wir wissen jedoch: Deutschland kann auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn es nicht auch Europa gut geht.

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind zentraler Teil der Europäischen Union. Deutschlands Zukunft ist untrennbar mit der Zukunft Europas verbunden. Nach Jahrhunderten langer Kriege war die europäische Einigung Garant und Schrittmacher für eine dauerhafte Aussöhnung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Dass dies erfolgreich gelungen ist, war alles andere als selbstverständlich. Auf dieser Grundlage konnte der Wiederaufbau eines zerstörten Kontinents gelingen (...). Auf dieser Grundlage konnte transatlantische Partnerschaft entstehen. Auf dieser Grundlage konnten die Völker Europas nie da gewesenem Wohlstand erwirtschaften. Auf dieser Grundlage konnten die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Einigung Europas stattfinden.

Der Euro wird nicht scheitern

Daraus ergibt sich unsere heutige Verpflichtung gegenüber den Gründervätern unseres Landes und dieses Europas; das sage ich auch sehr persönlich.

Die Gründerväter haben mit ganzer Kraft, mit Mut, mit Ideen und mit vielen Risiken Europa gebaut. Sie haben es (...) vor allen Dingen für zukünftige Generationen getan. Jetzt (...) ist es an uns, im 21. Jahrhundert diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben, unseren Kindern und Enkeln ein intaktes Europa zu übergeben. (...)

Seit bald zehn Jahren können die Menschen in Berlin und Paris, in Rom und Lissabon mit einer gemeinsamen Währung bezahlen. (...) Der Euro ist viel mehr als nur eine Währung. Der Euro ist der Garant eines einigen Europas, oder anders gesagt: Scheitert der Euro, scheitert Europa. Weil ein Europa der Demokratie und der Freiheit unsere Heimat ist, darf der Euro nicht scheitern, und er wird nicht scheitern. (...)

Den Euro und Europa stärken

Wenn ich (...) von einer der schwersten Krisen Europas spreche und (...) von unserem unbedingten deutschen Interesse an einem

starken Europa (...), ergibt sich (...) daraus die zentrale Aufgabe dieser Legislaturperiode: (...) Europa [muss] stärker aus der Krise herauskommen, als es hineingegangen ist.

Vor zehn Jahren haben wir eine stabile Währung versprochen. Das Versprechen ist gehalten. Die Inflationsrate ist in diesen zehn Jahren geringer als in den letzten zehn Jahren der D-Mark. Eine christlich-liberale Koalition (...) hat unter Mühen (...) in Europa den Stabilitäts- und Wachstumspakt durchgesetzt.

Es ist eine traurige Ironie, dass ausgerechnet eine deutsche Regierung, Rot-Grün unter Führung von Herrn Schröder, dann diesen Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht hat. Es war auch Rot-Grün (...), die wider besseres Wissen Griechenland in den Euro-Raum aufgenommen haben.

Ich würde das alles nicht sagen, wenn Sie aus Ihren Fehlern lernen würden, aber – das ist das Schlimmste – Sie tun es nicht. (...) Die hohe Verschuldung einzelner Länder ist das Hauptproblem der heutigen Krise (...). Diese Verschuldung ist nicht nur in den Zeiten entstanden, als wir die Konjunkturprogramme gegen die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelegt haben, sondern diese Verschuldung ist das Ergebnis davon, dass Jahrzehnte eine falsche Philosophie verfolgt wurde. Diese Philosophie wurde (...) auch von der ersten Großen Koalition [in Deutschland] Ende der 60-er Jahre verfolgt. (...) Da hieß es: Hauptsache Wachstum, egal, was es kostet, im Zweifelsfall auch Schulden, und anschließend in guten Zeiten nichts zurückzahlen. (...)

Nachhaltiges Wirtschaften als entscheidende Lehre aus der Krise

Wir sind damit in Europa (...), mit den Vereinigten Staaten und (...) mit Japan nicht alleine. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt: (...) Wenn [diese Krise] nicht zu einer großen Krise der westlichen Welt werden soll, (...) ist ein grundsätzliches Umdenken nötig. Wir müssen nachhaltig wirtschaften und nicht mehr auf Kosten zukünftiger Generationen.

Das muss jetzt zur Erkenntnis aller 17 [Euro-]Staaten werden, (...) denn auf der einen Seite sind wir durch die gemeinsame Währung untrennbar miteinander verbunden, und auf der anderen Seite (...) hat jedes einzelne dieser 17 Länder die Haushaltshoheit, kann also seinen Haushalt auf Basis nationaler Entscheidungen aufstellen. Genau das [bedeutet]: Wir haben keine politische Union. (...)

Die Sozialdemokraten und die Grünen [fordern jetzt] (...) Euro-Bonds. Wenn ich aber nun (...) auf den Haushalt eines einzelnen Mitgliedstaats des Euro-Raums keinen Einfluss habe, kann es doch nicht angehen (...), dass ich die Schulden in einen Topf werfe und den einzigen Indikator, den ich in diesem Währungssystem noch habe, nämlich die Zinssätze, vergemeinschafte. Das ist mit Sicherheit die falsche Antwort, und das zeigt, dass Sie Ihre Fehler fortsetzen. (...)

Eine Stabilitätsunion in Solidarität und Eigenverantwortung

Wir werden diesen Weg nicht mitgehen. Vielmehr geht es darum, dass wir uns auf die Haushaltsführung jedes einzelnen Mitgliedstaates verlassen können. Euro-Bonds sind der Weg in die Schuldenunion. Wir [aber] brauchen eine Stabilitätsunion. Daran arbeitet die christlich-liberale Koalition.

Keine Generation kann sich ihre Aufgabe aussuchen. Unsere Gründerväter mussten ein zerstörtes Deutschland aufbauen und die Erbfeindschaft mit Frankreich überwinden. Unsere Aufgabe ist es nun, den Weg [zu einer Stabilitätsunion] aufzuzeigen.

Hierbei gibt es eine Grundüberzeugung, die die christlich-liberale Koalition leitet. Sie lautet: Wir brauchen Solidarität und Eigenverantwortung (...). Nicht derjenige, der sofort hilft und jeder Hilfsanfrage sofort nachgibt, hat Recht, sondern derjenige, der den Weg zur Stabilitätsunion aufzeigt. (...)

Griechenland muss Strukturreformen durchführen. Es muss transparente Strukturen in seinem Land schaffen, und es muss natürlich (...) investieren. (...) Es geht um Strukturen, mit denen man Wachstum generieren kann. (...)

Sie sagen immer, dass das Polemik gegen irgendwelche Länder sei, [aber] (...) so, wie wir uns hier auseinandersetzen, so muss das auch in einem Europa mit einer Währung stattfinden. Alle Probleme unter den Tisch zu kehren und von Solidarität zu reden, wird uns nicht zu einer Stabilitätsunion bringen. (...)

Schon heute Reformen zur Krisenbewältigung umgesetzt

Deshalb war es richtig, dass wir durchgesetzt haben, dass es Hilfen nur unter strengen Auflagen gibt. Das ist das erste Prinzip, das wir durchgesetzt haben.

Wir haben zweitens durchgesetzt, dass neben der Bewältigung der Krise endlich auch die Ursachen angegangen werden. Deshalb haben wir mehr Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit im neuen Stabilitäts- und Wachstumspakt niedergelegt. Wir haben ihn nicht aufgeweicht, sondern verstärkt. (...) Es wird in Zukunft auch um die Gesamtverschuldung und die makroökonomische Leistungskraft eines Landes gehen. (...)

Wir haben (...) alles ausgelotet, was unter der jetzigen Vertragssituation an verbindlichen Absprachen möglich ist. (...) Wir wollen, dass alle Länder, ähnlich wie wir es in Deutschland gemacht haben (...), eine Schuldenbremse in ihre Verfassung aufnehmen. (...) Frankreich denkt darüber nach, Spanien hat es gemacht, Portugal ist offen, und Italien macht es jetzt auch. (...) Auch das ist ein Beitrag zur Stabilitätsunion.

Wir haben drittens durchgesetzt, dass Lehren aus der Krise gezogen werden, nämlich mit dem Euro-Plus-Pakt und der verstärkten institutionellen Zusammenarbeit in der Euro-Zone. (...) Wir müssen das vor allen Dingen so schaffen, dass es verbindlich wird. (...) Nur so kann Europa stärker aus der Krise herauskommen, als es hineingegangen ist.

Vertragsänderungen für mehr Verbindlichkeit

Es zeigt sich aber in einer unglaublichen Schärfe, dass die Probleme eines Landes – und sei es eines Landes wie Griechenland, das nur zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der gesamten Euro-Zone hat – die ganze Währung in Gefahr bringen können. Im Lissabon-Vertrag gibt es keinen Mechanismus, um diejenigen zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu zwingen, die das nicht können oder nicht wollen. Deshalb sage ich auch: Wenn wir Europa weiterdenken und wenn wir mehr zukunftsfähiges und starkes Europa wollen, dann dürfen auch Vertragsänderungen kein Tabu sein, um ein Mehr an Verbindlichkeit dafür zu erreichen.

Es gehört zu den Paradoxien, dass die Nichteinhaltung jeder Richtlinie (...) zu einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof führt, aber ausgerechnet die Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vom Europäischen Gerichtshof gerade nicht verfolgt werden darf. Darüber müssen wir nachdenken. Wir sind für ein solches starkes Europa, weil wir eine Stabilitätsunion wollen. (...)

Wir brauchen mehr Europa; aber wir müssen es vernünftig und richtig machen. Wir müssen den Menschen auch ganz klar sagen: Die heutigen Probleme wie die übermäßige Verschuldung sind in Jahrzehnten aufgewachsen. Diese lassen sich nicht mit Schlagwörtern wie Euro-Bonds oder Umschuldung mit einem Paukenschlag einfach wegwischen. (...) Nein, das wird ein langer und schwieriger, aber für die Zukunft richtiger Weg in eine zukunftsfähige Europäische Union. Diesen Weg wollen wir gemeinsam gehen. (...)

Wir wissen: Die Welt wandelt sich. Sie wandelt sich nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. (...) Wir haben eine Situation, in der keiner mehr sozusagen aus sich selbst heraus (...) stark sein kann. (...) Die Weltwirtschaft ist wie ein feingespinnenes Netz. Wer da an irgendeiner Stelle irgendeinen Faden kappt, der kann das ganze Netz zum Einreißen bringen. Deshalb müssen all diejenigen, die jetzt mit EFSF, ESM und alldem nicht einverstanden sind, eines wissen: Wir haben keine theoretische Diskussion am Reißbrett darüber, wie wir uns eine politische Union vorstellen, sondern wir haben eine Situation, in der es darum geht, eine eng verwobene Weltwirtschaft auf einen vernünftigen Pfad der Stabilität zu führen. Deshalb muss jeder unserer Schritte kontrolliert sein. (...)

Europa – eine politische Erfolgsgeschichte der Fraktion

>>> Peter Altmaier

Derzeit werden wieder einmal die problematischen Seiten der europäischen Integration grell beleuchtet: Überschuldung einiger Euro-Staaten, Steuerdumping, überbordende Bürokratie oder mangelnde demokratische Kontrolle. Dabei wird häufig verdrängt und übersehen, welch ungeheuren Beitrag Europa seit 60 Jahren für Frieden und Wohlstand geleistet hat. Erst mit der Gründung des gemeinsamen Marktes und seiner Weiterentwicklung zum Binnenmarkt, erst mit der gemeinsamen Handelspolitik, mit der schrittweisen Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten konnten sich die produktiven Kräfte der deutschen und europäischen Volkswirtschaften voll entfalten. Noch nie in seiner Geschichte war Europa so friedlich, so wohlhabend, so prosperierend wie heute.

Dass dieses Europa so erfolgreich wurde, ist ganz erheblich das Verdienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Konrad Adenauer sprach schon 1946 von den Vereinigten Staaten von Europa, doch jeder einzelne Integrationsschritt musste mühsam im Deutschen Bundestag erkämpft und durchgesetzt werden. Die Montanunion von 1951 und die Römischen Verträge von 1957 stießen auf den erbitterten Widerstand der damaligen SPD-Opposition. Es gab tagelange Redeschlachten, weil die SPD weder die konsequente Westbindung noch die europaweite Durchsetzung der Marktwirtschaft akzeptieren wollte. Beides erkannte sie erst Jahrzehnte später als schweren Fehler und korrigierte ihre Haltung. Anfang der 50er Jahre wollten der Deutsche Konrad Adenauer und der Franzose Robert Schuman ihre Vision vom vereinigten Europa noch mit Siebenmeilenstiefeln verwirklichen. Schnell wurden sie sich bewusst, dass die politische Integration Europas nicht kurzfristig, sondern nur in langen und mühevollen Etappen zu erreichen ist.

Spätere epochale Integrationsschritte wie die Verwirklichung des Binnenmarktes, die Abschaffung der Grenzkontrollen, die Einführung des Euro, die europäische Innen- und Justizpolitik und schließlich



Peter Altmaier MdB
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

die Osterweiterung wurden unter Helmut Kohl und unter Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem breiten parteiübergreifenden Konsens beschlossen. Welch revolutionäre Entscheidung die Abschaffung der Grenzkontrollen mit dem Schengener Abkommen 1995 war, macht sich heute niemand mehr bewusst – zu schnell werden herausragende Errungenschaften selbstverständlich. Auch die Erkenntnis der Unionsparteien Ende der 90er, dass es im deutschen Interesse ist, wenn die Staaten Osteuropas innerhalb der EU eine solide Wachstums- und Sicherheitsperspektive bekommen, stellte sich erst später als visionär heraus.

Der Lissabon-Vertrag ist wegweisend

Der Vertrag von
Lissabon brachte der
Europäischen Union mehr
Handlungsfähigkeit.

Mit den Verträgen von Maastricht (1992), Amsterdam (1996) und Nizza (2001) bekam die Europäische Union in kürzester Zeit erheblich mehr Kompetenzen, was sie deutlich handlungsfähiger machte.



Es war wiederum unsere Fraktion, die damals als erste erkannte, wie wichtig die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und damit eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten werden würde. Deshalb haben wir 1999 die Einberufung des EU-Verfassungskonvents, der schließlich zum Lissabon-Vertrag führen sollte, durchgesetzt. Ohne den Lissabon-Vertrag wäre die EU heute institutionell nicht in der Lage, sich effizient mit Globalisierung, demografischer Verschiebung, Klimawandel, Energieversorgung und neuen Gefährdungen der Sicherheit auseinanderzusetzen. Dieser Vertrag brachte Wegweisendes für eine funktionierende Kompetenzabgrenzung und für die Rechte der nationalen Parlamente. Erstmals wurde klar, wer wofür zuständig ist. Erstmals können die nationalen Parlamente unmittelbar bei der Kommission intervenieren oder direkt vor dem Europäischen Gerichtshof klagen und so an europäischen Gesetzen mitwirken. Seither sind Berichte über Brüsseler Kompetenzüberschreitungen wesentlich seltener geworden. Wiederum war es unsere Fraktion, die vor einem Jahr europaweit als erste von dem sogenannten Subsidiaritäts-Frühwarnsystem erfolgreich Gebrauch machte: Die EU-Kommission passte daraufhin ihren Richtlinienvorschlag an.

Damit der Deutsche Bundestag immer auf der Höhe des politischen Geschehens in Brüssel ist, verfügt er mittlerweile dort über ein Verbindungsbüro, in dem auch die Fraktionen mit ihren Mitarbeitern vertreten sind. Das Verbindungsbüro und detaillierte gesetzliche Regelungen stellen sicher, dass unsere Parlamentarier frühzeitig und umfassend informiert werden. So können sie effektiv an der europäischen Politik mitwirken.

Wir stehen vor einer neuen Wegmarke der europäischen Integration

Angesichts der Schuldenkrise Griechenlands muss erwähnt werden, dass CDU und CSU im Jahre 2002 erfolglos aus der Opposition heraus vor einer verfrühten Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone gewarnt hatten. Ungeachtet dessen ist Griechenland heute Mitglied der Währungsunion. Es aus dem Euro herausdrängen zu wollen, bedeutete auch, schwerste öffentliche und private Vermögensverluste in Kauf zu nehmen und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu gefährden.

Deshalb stehen wir nun vor einer neuen Wegmarke der europäischen Integration. Wir müssen den Euro als gemeinsame Währung erhalten, denn er ist nicht nur weltweit Symbol politischer Einheit und des europäischen Modells der sozialen Marktwirtschaft. Der Euro ist darüber hinaus Garant, dass Europa und Deutschland auch künftig ihre wirtschaftliche Stärke behaupten können. Deshalb haben wir mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, der EFSF, und dem folgenden Europäischen Stabilitätsmechanismus, dem ESM, starke Instrumente geschaffen, um Stabilität, Verantwortung und Solidarität in ganz Europa durchzusetzen. Gleichzeitig müssen wir diejenigen institutionellen und inhaltlichen Grundlagen für die Währungsunion schaffen, die 1992 bei der Schaffung des Euro versäumt wurden: eine politische Union und eine Wirtschaftsunion. Sie sind für eine wirkungsvolle Sicherung unserer Stellung in der Welt und zur dauerhaften Stabilisierung des Euro unverzichtbar. Damit wir diese Ziele erreichen, wird es neue Formen der Zusammenarbeit und vielleicht neue Institutionen geben. Am wichtigsten ist jedoch, dass wir den Zusammenhalt und unsere gemeinsame europäische Identität stärken. Eine europäische Öffentlichkeit, die nationale Anliegen und Befindlichkeiten als europäische Angelegenheiten verhandeln würde, wäre die beste Garantie, dass Regierungen und Parlamente sich künftig ihren Verpflichtungen nicht entziehen könnten und die im Vertrag vereinbarten Stabilitätsanforderungen erfüllen.

Europa steht an einer Wegscheide: Schafft es den Spagat zwischen Solidarität und Verantwortung für eigenes Handeln nicht, wird es in mehr oder weniger stabile Zonen auseinanderfallen. Rafft es sich auf zu einer wirklichen Stabilitätsunion, zu einer ökonomisch und politisch stark vergemeinschafteten schlagkräftigen Einheit, hat es die Chance, mit den USA und mit China auf Augenhöhe zu kommen und dort auch zu bleiben – im Interesse des europäischen Gemeinwohls.

Der Euro – eine Währung mit vielen Vorteilen für Bürger und Unternehmen

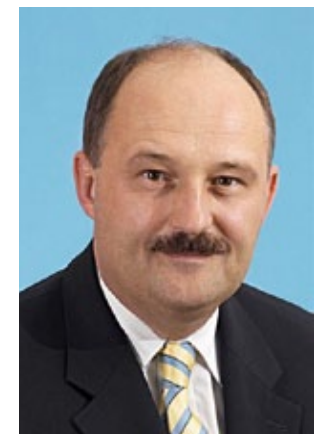
>>> Michael Meister

Zur Jahrtausendwende haben die Europäer ein mit Händen greifbares Mittel europäischer Identität geschaffen. Mit dem Euro haben sie – 1999 zunächst als Buchgeld und 2002 auch als Bargeld – eine gemeinsame Währung eingeführt. Seitdem ist ein Umtausch der eigenen Währung in Lira, Franc oder Schilling innerhalb der Euro-Zone Geschichte. Kaum eine andere Maßnahme verbindet die Bürger so stark mit der Europäischen Union wie die gemeinsame Währung. Nach anfänglicher Skepsis ist der Euro als unsere gemeinsame Währung allgemein akzeptiert.

Die Einführung der gemeinsamen Währung in inzwischen 17 EU-Mitgliedstaaten hat aber auch die weltwirtschaftlichen Gewichte erheblich zugunsten der Euro-Zone verschoben.

Der Euro hat sich zur zweitwichtigsten Reservewährung der Welt entwickelt. In 17 Mitgliedstaaten zahlen mehr als 330 Millionen Menschen mit dem Euro. Etwa 26 Prozent der weltweiten Devisen werden in Euro gehalten. Wir können heute auf Augenhöhe mit amerikanischen und asiatischen Partnern verhandeln. Die Euro-Zone gehört zu den größten Wirtschaftsregionen der Welt. Rund 15 Prozent des Werts aller Sach- und Dienstleistungsgüter, die weltweit hergestellt werden, stammen aus der Euro-Zone. Ihre Mitgliedstaaten bilden die größte Handelsmacht der Welt. Der Anteil der Euro-Zone an den weltweiten Ausfuhren beträgt 17,4 Prozent.

Gleichwohl ist seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und insbesondere infolge der Rettungsmaßnahmen für einige notleidende Staaten der Euro-Zone eine Diskussion über die gemeinsame Währung entbrannt. 189 deutsche Wirtschaftsprofessoren haben sich gegen die Rettungsmaßnahmen gewandt, weil sie verheerende Folgen für die deutsche Wirtschaft befürchteten. Klagen wurden beim Bundesverfassungsgericht von denjenigen anhängig gemacht, die der Euro-Einführung schon immer skeptisch bis ablehnend gegenüberstan-



Michael Meister **MdB**
Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundtagsfraktion

den. Bürger und Unternehmen wenden sich verunsichert mit der Frage an die Politik, ob unser Geld noch sicher sei. Viele Menschen beschwören die Politik, gegen weitere Rettungshilfen zu stimmen. Teilweise wird der Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone, teilweise aber auch die Rückkehr Deutschlands zur D-Mark als Lösung vorgeschlagen. Anlässlich dieser Diskussion soll hier daran erinnert werden, dass das mitten in der Euro-Zone gelegene Deutschland weitaus mehr Vorteile von der Gemeinschaftswährung hat, als wir im täglichen Leben wahrnehmen.

Der Euro ist Symbol für Stabilität und Prosperität

Der Euro bedeutet
Stabilität, hohe Kaufkraft
und Produktivität.

Viele Menschen hingen an der D-Mark, weil sie für Stabilität stand. Inzwischen steht fest, dass auch der Euro nach außen und nach innen eine äußerst stabile Währung ist. Gemessen an der Weltleitwährung Dollar hat sich der Euro auf einem vernünftigen Niveau eingependelt. Diese Stabilität erleichtert Unternehmen die Planung langfristiger



Vorhaben, sie sichert Investitionen und Arbeitsplätze. Weil sie keine Wechselkursrisiken eingehen müssen, sparen deutsche Unternehmen Jahr für Jahr rund zehn Milliarden Euro.

Von einer Euro-Krise kann daher nicht die Rede sein, auch wenn die breite Öffentlichkeit an diesem Glauben festhält. Vielmehr beobachten wir eine Staatsschuldenkrise in einigen Ländern. Dafür sprechen die Fakten: Weder ist die Funktionsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion außer Kraft gesetzt, noch sind Anzeichen von Kapitalflucht oder Abwertung erkennbar. Im Übrigen redet auch niemand von einer Dollar- oder Yen-Krise, obwohl sowohl die USA als auch Japan horrenden Schuldenberge angehäuft haben.

Der ehemalige Bundesfinanzminister Theo Waigel hatte bei der Einführung versprochen, der Euro werde so stark sein wie die D-Mark. In der Tat hat uns der Euro niedrige Inflationsraten und eine hohe Kaufkraft beschert. Die Preise sind in Deutschland seit Einführung des Euro sogar langsamer gestiegen als zu Zeiten der D-Mark. In den zwanzig letzten Jahren der D-Mark, also in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, stiegen sie durchschnittlich um 2,6 Prozent pro Jahr, seit Einführung des Euro bis zur globalen Finanzkrise, also von 1999 bis 2009, nur um 1,6 Prozent pro Jahr. Die von vielen Menschen wahrgenommene Teuerung bezieht sich auf einzelne Produkte und lässt sich empirisch nicht nachweisen. Daher kann man zu Recht sagen: Der Euro ist eine genauso harte und stabile Währung wie die D-Mark.

Wegen der geringen Inflation sind auch die Zinsen für Kredite niedrig geblieben. Während sich die Hypothekenzinsen nach Angaben der Europäischen Kommission Anfang der 1980er Jahre zwischen acht und 14 Prozent bewegten, sind sie nun auf fünf Prozent gesunken. Die Zinsbelastungen der Kreditnehmer sind somit deutlich zurückgegangen.

Niedrige Zinsen bedeuten auch eine höhere Produktivität, weil Unternehmen sich günstiger finanzieren können. Das führt wiederum zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen. Seit der Einführung des Euro wurden in der Euro-Zone mehr als 8,7 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Zum Vergleich: In den sieben Jahren vor Einführung des Euro waren es 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat errechnet, dass der gemeinsame europäische Binnenmarkt in Deutschland rund 5,5 Millionen Arbeitsplätze sichert.

Dies spiegelt sich auch in den gegenwärtig historisch niedrigen Arbeitslosenzahlen in Deutschland

Wir brauchen eine abgestimmte Wirtschaftspolitik

Niedrige Zinsen und eine prosperierende Wirtschaft begünstigen auch die Kommunen, da Zinslasten begrenzt werden und Staatseinnahmen wachsen. Damit werden die Infrastruktur und das soziale Leben in unseren Gemeinden gestärkt.

Die Transaktionskosten im internationalen Handel sind gesunken. Die Wechselgebühren beliefen sich vor der Einführung des Euro auf schätzungsweise 20 bis 25 Milliarden Euro. Die Kosten für eine grenzüberschreitende Überweisung sind erheblich gesunken, zum Beispiel für einen Betrag von 100 Euro von 24 auf 2,40 Euro.

Alle diese Vorteile der Euro-Zone, die unseren Wohlstand sichern, wird Deutschland nur zusammen mit den anderen Mitgliedern der Währungsunion verteidigen können. Sinkende Bevölkerungszahlen in Europa und die zunehmende Wirtschaftskraft des asiatischen Wirtschaftsraums lassen keinen Spielraum für nationale Alleingänge. Im Gegenteil: Sie erfordern gemeinsame Anstrengungen aller europäischen Mitgliedstaaten. Außenstehende sehen die Euro-Zone ohnehin schon faktisch als eine Einheit.

Ein Auseinanderfallen der Euro-Zone würde ganz sicher den Verlust all der aufgezählten Vorteile bedeuten und wäre ein gewaltiger Rückschritt für die europäische Integration. Deutschland müsste mit Wachstumseinbrüchen und steigender Arbeitslosigkeit rechnen, deren Folgen noch die kommenden Generationen abuarbeiten hätten. Das kann niemand wollen.

Deshalb muss ein Weg gefunden werden, die Vorteile der Euro-Zone zu wahren und zu mehren. Man sollte in der Krise auch eine Chance sehen und schon heute über beschlossene oder etwaige Rettungsmaßnahmen hinausdenken. Die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten muss künftig so abgestimmt werden, dass sich der Euro-Währungsraum optimal entwickeln kann. Eine noch engere politische Zusammenarbeit ist nötig, ohne nationale Souveränität gänzlich aufzugeben. Ein erster wichtiger Schritt wäre eine gemeinsame Wirtschaftsregierung mit abgestimmten Wirtschaftspolitiken.

Für ein starkes Europa in der globalisierten Welt

>>> Dr. Andreas Schockenhoff

Mit dem rasanten Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer wie Indien oder Brasilien wird Europa in den kommenden Jahren relativ gesehen an Macht und Einfluss verlieren. Angesichts dieser Entwicklung geht es um nicht weniger als die Selbstbehauptung Europas in der globalisierten Welt. Wir müssen unsere Werte sowie unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell nicht nur bewahren, sondern müssen sie auch für andere Länder attraktiv halten. Es geht darum, eine eigenständige Rolle in der Welt einzunehmen. Dafür brauchen wir mehr Europa – mehr Geschlossenheit, mehr Handlungsfähigkeit und mehr Stärke.

Gemeinschaftlich mit den USA

Je mehr sich die Gewichte zu den Schwellenländern hin verschieben, desto wichtiger sind gute transatlantische Beziehungen. Das gilt zum Beispiel für die Regulierung der Finanzmärkte, die Unterstützung des demokratischen Wandels im arabischen Raum, den Nahost-Konflikt oder die Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen im Mittleren Osten. Das gilt ebenso für die Zusammenarbeit mit den USA in Asien, Afrika oder Lateinamerika zur Wahrung unserer gemeinsamen Werte und Interessen. Europa muss sein ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht einbringen, um für die USA bei der Gestaltung der globalen Entwicklungen ein gewichtiger und selbstbewusster Partner zu sein. Das schließt Meinungsverschiedenheiten zwischen den transatlantischen Partnern nicht aus, doch werden wir sie immer mit dem Willen zu gemeinsamen Lösungen austragen.

Führungstrio Deutschland-Frankreich-Polen

Gerade in diesen schwierigen Zeiten beweisen die Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident Führungskraft, um die Rolle



Dr. Andreas Schockenhoff
MdB
Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Europas in der Welt zu stärken. Ihr Einsatz für eine Wirtschaftsregierung in der Euro-Zone ist nur ein Beispiel dafür. Mittelfristig sollte auch Polen – gemeinsam mit Deutschland und Frankreich eine führende Rolle spielen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Mitgliedschaft Polens in der Euro-Zone. Polen hat sich in kurzer Zeit zu einem starken Partner entwickelt. Es wird in einer differenzierter gewordenen EU als Mitglied eines solchen Führungstrios Verantwortung für die gesamte Gemeinschaft übernehmen. So werden auseinandergehende Interessen noch besser überwunden werden können. Ein solches „Mehr an Europa“ wird zu größerer Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der EU führen.

Eine starke Wirtschafts- und Währungsunion

Eine starke Wirtschafts- und Währungsunion ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Selbstbehauptung Europas in der globalisierten Welt. Diesem Ziel soll eine Wirtschaftsregierung der Euro-Zone dienen. Dabei geht es um eine stärkere Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Vor allem aber müssen die Länder der Euro-Zone in die Lage versetzt werden, Verstöße eines ihrer Mitglieder gegen die gemeinsamen Regeln, die der Währungsunion als Ganzes schaden, rechtzeitig zu korrigieren: Die EU muss auf wichtige Haushaltsentscheidungen und Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes durchgreifenden Einfluss nehmen können – stärker als sie es bei Griechenland getan hat. Wer finanzielle Hilfe erhält, der muss seine Verpflichtung zu strukturellen Reformen nachprüfbar erfüllen.

Integration in der Verteidigungspolitik

Ein entscheidendes Instrument für die Selbstbehauptung Europas in der Welt ist auch eine substanzielle europäische Verteidigungspolitik. Der NATO-Einsatz in Libyen hat gezeigt, welche gravierenden Mängel die Sparzwänge nicht nur bei Munition und Durchhaltefähigkeit nach sich ziehen. Es wird deshalb kein Weg daran vorbeiführen, möglichst bald zu Entscheidungen darüber zu kommen, welche Fähigkeiten wir mit anderen Partnern teilen oder gar mit ihnen gemeinsam einbringen wollen. Auch müssen wir uns entscheiden, auf welche Fähigkeiten wir aus

Kostengründen verzichten wollen. Ohne ein solche Aufgabenverteilung und Spezialisierung wird es angesichts knapper Kassen keine eigenständige europäische Verteidigungspolitik geben.

Keine verfrühten EU-Beiträge

Damit Europa sich erfolgreich selbst behaupten kann, muss es unser Interesse sein, Krisen innerhalb der Gemeinschaft möglichst zu vermeiden. Die Heranführung der Staaten des westlichen Balkans an die EU und die Zusammenarbeit mit den östlichen Partnern der EU dient dem Ziel, Frieden, Sicherheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in diesen Ländern und in ganz Europa zu stärken. Deshalb achten wir auf die strikte Erfüllung aller Beitrittskriterien. Besonders wichtig sind hier der Aufbau eines effektiven Rechtssystems und eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung. Dafür haben wir seitens der Fraktion eine Gruppe von Berichterstattem eingesetzt, die den Heranführungsprozess und die Beitrittsverhandlungen permanent kritisch begleiten.

Nur gemeinsam können sich die Staaten der Europäischen Union in der Welt behaupten.



Ein erneuertes Russland als Partner Europas

Für die Selbstbehauptung Europas in der Welt sollte auch unser großer Nachbar Russland ein enger Partner sein. Deshalb haben wir ein strategisches Interesse an einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland. Leider sind die Ankündigungen von Präsident Dmitri Medwedew zur Modernisierung des Landes bisher nicht messbar umgesetzt worden. Ohne eine systemische politische und gesellschaftliche Modernisierung wird der Erfolg von Russlands wirtschaftlichen Modernisierungsbemühungen jedoch begrenzt bleiben und das Land im Vergleich zu China, Indien und Brasilien weiter zurückfallen. Das liegt nicht im Interesse der EU. Deshalb muss die Russland-Politik der EU als Modernisierungspartnerschaft gestaltet werden, die nicht nur der wirtschaftlich-technischen, sondern auch der gesellschaftlichen Erneuerung dient. Insbesondere wollen wir Rechtsstaatlichkeit, die individuellen und kollektiven Freiheiten und den Aufbau der Zivilgesellschaft fördern.

Mit einer Stimme im arabischen Raum

Der demokratische Wandel im arabischen Raum ist für Europa von besonderem Interesse. Mehr Europa bedeutet deshalb auch, dass die EU dort außenpolitisch mit einer Stimme sprechen muss. Auf Drängen der CDU/CSU-geführten Bundesregierung hat die EU die „Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ initiiert. Dabei werden wir Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen, eines funktionierenden Bildungs- und Gesundheitswesens, eines rechtsstaatlichen Justizwesens oder eines demokratischen Sicherheitssektors leisten. Da die Türkei in dieser Region stetig an Bedeutung und Einfluss gewinnen wird, gehört zu „mehr Europa“ auch, dass die EU mit Ankara im außenpolitischen Bereich so eng wie möglich zusammenarbeiten muss.

Das alles zeigt: Wir brauchen mehr Europa, mehr Handlungsfähigkeit und mehr politische Gestaltungskraft, wenn wir Subjekt und nicht Objekt der globalen Entwicklungen sein wollen.

Ein demokratisches Europa braucht starke Parlamente

>>> Michael Stübgen

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, und Quell aller politischen Entscheidungen sind die Bürgerinnen und Bürger – das ist der Wesenskern der Demokratie. In der Europäischen Union haben wir 2009 mit dem Vertrag von Lissabon, dem jüngsten europäischen Reformvertrag, ein demokratischeres und transparenteres System geschaffen. So haben wir diesem entscheidenden politischen Prinzip auch auf europäischer Ebene neue Bedeutung verliehen. Nicht nur das Europäische Parlament, sondern insbesondere auch die nationalen Parlamente haben neue Möglichkeiten erhalten, Europapolitik zu gestalten und zu kontrollieren.

Starke Parlamente für eine „Verantwortungsgemeinschaft“

Soll eine Demokratie Bestand haben, benötigt sie immer wieder neu das Vertrauen der und die Legitimation durch die Bevölkerung. Es genügt aber nicht, Unterstützung bei den Wahlen zu erfahren – es ist ebenso wichtig, die Parlamente mit angemessenen Befugnissen auszustatten. Eine Regierung zu kontrollieren, sie gar in Frage zu stellen, ist zentrales Element unserer demokratischen Ordnung. Dabei geht es letztlich darum, die Teilhabe der Bürger an den politischen Entscheidungen zu stärken.

In der Europäischen Union steht genau hierfür das Europäische Parlament: Schritt für Schritt wurden seine Kompetenzen im Laufe des europäischen Einigungsprozesses erweitert. Heute hat es ein gewichtiges Wort mitzureden. Ohne seine Zustimmung geht in vielen Bereichen nichts mehr. Auch wenn man es nicht unmittelbar mit nationalen Parlamenten vergleichen kann – das Europäische Parlament hat sich im Laufe seiner Geschichte vom machtlosen Beobachter zu einem zentralen Akteur entwickelt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Stärkung des Europäischen Parlaments stets gefordert und gefördert – wohl wis-



Michael Stübgen MdB
Europapolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

send, dass der Integrationsprozess auch weitreichende Auswirkungen auf die eigenen Kompetenzen und auf die Zusammenarbeit von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung hat.

Gleichzeitig setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass der Deutsche Bundestag ein europapolitischer Akteur von Gewicht ist, dass er selbstbewusst und kompetent einschreitet. So haben wir im Zuge des Zustimmungsverfahrens zum Vertrag von Lissabon Begleitgesetze beschlossen, die die Mitsprache des Bundestages regeln und erweitern. Seitdem verfügt der Deutsche Bundestag über umfassende rechtliche und politische Möglichkeiten, seinen grundgesetzlichen Auftrag zur Begleitung, Mitgestaltung und Kontrolle europäischer Gesetzgebung zu erfüllen. Der Bundestag schafft sich damit die Instrumente, die er zur Wahrnehmung seiner Integrationsverantwortung benötigt.

Das Europäische Parlament in Straßburg ist ein zentrales Element der demokratischen Ordnung in der EU.



„Die Europäische Union ist nicht nur eine Wertegemeinschaft. Sie ist auch eine Verantwortungsgemeinschaft“, hat Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, einmal geschrieben. Dies gilt mehr denn je, wenn mit den Rettungsmaßnahmen für den Euro Deutschland dauerhaft und nachhaltig eine Verantwortung im Rahmen der europäischen Währungsunion übernimmt.

Subsidiaritätskontrolle für mehr Demokratie und Öffentlichkeit

„In Vielfalt geeint“ lautet das Motto der Europäischen Union. Dabei ist „die große Vielfalt nicht die Schwäche Europas, sondern ihr Reichtum und ihre Stärke. Es gilt aber: Europa ist nur dann stark, wenn es sich auf die wichtigsten Aufgaben konzentriert.“

Deshalb müssen wir dem Subsidiaritätsprinzip volle Wirkung verleihen. Danach darf die Europäische Union nur dann tätig werden, wenn ihr Handeln bessere Ergebnisse erzielt, als es Regelungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten könnten. Garant dafür, dass sich die Organe der Europäischen Union in ihrer Gesetzgebung tatsächlich auf das Wesentliche beschränken, ist auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Ihre Maßnahmen dürfen nicht über das hinausgehen, was notwendig ist, um die Ziele der EU-Verträge zu erreichen.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon obliegt es nun auch den nationalen Parlamenten, die Einhaltung dieser Grundsätze zu kontrollieren. Sie sind damit unmittelbar an der europäischen Gesetzgebung beteiligt. Von diesem Recht müssen wir im Deutschen Bundestag auch in Zukunft Gebrauch machen – gemeinsam mit den anderen nationalen Parlamenten und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der eigenen europäischen Parteienfamilie.

Wir brauchen dabei auch eine Kompetenzkontrolle. Die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips geht einher mit einem Kompetenzzuwachs der europäischen Institutionen. Daher kann die Kontrollfunktion weder der Ministerrat noch das Europäische Parlament hinreichend erfüllen.

Für uns bedeutet die Subsidiarität gerade keine Dezentralisierung. Vielmehr gewährleistet sie Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedstaaten und EU sowie Legitimation von unten nach oben. Die EU wird gestärkt, indem sie ihre Kompetenzen nach innen und außen stark und transparent vertreten kann, ohne in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten einzugreifen.

Europäische Bürgerinitiative – Mehr Teilhabe in Europa

Der Vertrag von Lissabon hat nicht nur die Kompetenzen der Parlamente gestärkt, sondern auch ein neues Instrument der direkten Demokratie geschaffen – die Europäische Bürgerinitiative. Die Europäische Bürgerinitiative ist eine der bedeutendsten Neuerungen des Vertrags. Sie stärkt Demokratie und bürgerschaftliche Teilhabe in Europa entscheidend. Eine Million Bürgerinnen und Bürger aus mindestens sieben EU-Staaten müssen zusammenkommen, damit sie die EU-Kommission zu Aktivitäten auffordern können. Die Bürgerinnen und Bürger können so unmittelbar Einfluss auf die Politik der Europäischen Union nehmen und werden damit direkt in den europäischen Rechtsetzungsprozess eingebunden.

Neben mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung braucht Europa auch mehr Öffentlichkeit. Die Europäische Bürgerinitiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Wie bei allen Elementen direkter Demokratie gilt für uns aber hier auch: Jede Volksinitiative muss auf ähnlich breiter gesellschaftlicher Basis stehen wie die Entscheidungen des Parlaments. Dafür sorgen Quoren und Mehrheiten.

Die Demokratie – zumal auf europäischer Ebene – ist ohne Zweifel ein sehr komplizierter, manchmal etwas schwerfälliger und gelegentlich wenig effizienter Mechanismus. Nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt es zu ihr aber keine Alternative. Sie ist das Staatsprinzip, zu dem wir uns genauso bekennen wie zu den grundlegenden Werten einer von Christentum und Aufklärung geprägten Kultur, die die Achtung der Menschenwürde an oberste Stelle setzt. Dabei kann die Demokratie, wie jede andere politische Ordnung auch, nie vollkommen sein. Ihr Wesen ist gerade der Kompromiss und der faire Ausgleich von Interessen. Auf dem Weg dahin werden wir immer wieder schwierige Abschnitte, politische Widerstände und bürokratische Hürden vorfinden.

>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber:	Peter Altmaier MdB Stefan Müller MdB
Kontakt:	Parlamentarische Geschäftsführer Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit Platz der Republik 1, D-11011 Berlin Telefon 030/2 27-5 53 74 Telefax 030/2 27-5 01 46 pressestelle@cducsu.de www.cducsu.de
Gestaltung:	www.heimrich-hannot.de Oktober 2011
Fotos:	S. 1 istockphoto, Marina Strizhak S. 5 Martin Lengemann S. 7 Tobias 'ToKo' Koch S. 11 Bundesregierung, Sandra Steins S. 13 CDU/CSU, Henning Schacht S. 15 fotolia, Gina Sanders S. 17 Bundesregierung, Laurence Chaperon S. 23 CDU/CSU, Christian Doppelgatz S. 24 Bundesregierung, Steffen Kugler S. 27 CDU/CSU S. 28 istockphoto, Floorije S. 31 CDU/CSU, Laurence Chaperon S. 33 istockphoto, AntiMartina S. 35 CDU/CSU S. 36 Bundesregierung, Engelbert Reineke

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Bundestagsdrucksache 17/6916, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“.



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: **Namensnennung:** Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Europa – unsere Zukunft. Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. **Keine kommerzielle Nutzung:** Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. **Keine Bearbeitung:** Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Telefon: 0 30/2 27-553 74

Telefax: 0 30/2 27-501 46

E-Mail: fraktion@cducsu.de

www.cducsu.de